

„Briefetel-Bote“ erscheint Dienst-
tag, Donnerstag, Sonnabend und
Sonntag. Der Bezugspreis beträgt
monatlich 1,20 M. je nach Beilage.
Die einzelne Nummer kostet 10 Pfennig.

Briefetel-Bote

Anzeigen werden in der Briefetel-
Bote, Bismarck-Allee 5
und von allen Anzeigen-Expeditoren an-
genommen. Die monatliche Beilage
kostet 26 Pfennig, die halbjährliche 1 Mark.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder,
Hohen Neuendorf, Borgs-
dorf, Briefe, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hoffjagdrevier,
Bergfelde, Frohnau, Schön-
fließ und Umgegend

Sprechstunde: Amt Birkenwerder Nr. 5

Telegr.: Briefetelbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ

Nr. 147

Postfachkonto: Berlin 62 448.

Donnerstag, den 16. September 1926

Postfachkonto: Berlin 62 448.

25. Jahrg

Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

Dem Schankwirt Otto Krüger hier, Karl-Str. 1 wohnhaft, ist die Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft auf dem Grundstück Rathhausstraße 10 und zwar in dem errichteten Wohngebäude erteilt worden.

Der Betrieb der Kasse- und Barbiergehäute an Sonntagen ist pünktlich um 12 Uhr mittags zu schließen.

Handeltlungen werden strafrechtlich verfolgt.
Die Außenbeamten sind mit entsprechender Anweisung versehen.

Birkenwerder, den 15. September 1926.

Der Amtsvorsteher. Pieper.

Der Gemeindevorsteher Bergfelde.

Die Wasserläufe II. und III. Ordnung sind bis zum 28. September d. Js. zu räumen. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß 1. Bäume und Sträucher mit den Wurzeln entfernt werden müssen.

2. Wasserpflanzen, Moos, Steine und Sandbänke herauszunehmen sind.

3. Anlandungen bis auf die Sohle abgeflacht werden müssen. Die Sohle der Gräben findet am 29. d. Ms., vormittags statt. Den Anliegern wird geraten, sich zu dieser Zeit in der Nähe der Gräben aufzuhalten.

Birkenwerder, den 15. September 1926.

Schauamt IV des Kreises Niederbarnim. Rühn.

Bergfelde, den 15. September 1926.

Der Gemeindevorsteher. Czokowski.

Hohen Neuendorf

Der Amtsvorsteher macht bekannt:

Die Bearbeitung der Baupolizeilagen, soweit sie zu meiner Zuständigkeit gehören, habe ich dem Gemeindevorsteher Kaupp übertragen. Herr Kaupp hat von dem Herrn Stadtrat polizeiliche Befugnisse für den Amtsbezirk Hohen Neuendorf erhalten.

Was gibt es Neues?

— Reichspräsident v. Hindenburg nahm am Dienstag mittig einen Vortrag des Reichsanwalters Ratz über die Senfer Tagung entgegen.

— Die Ratifikationsurkunden für die Locarno-Verträge wurden am Dienstag beim Völkerverbundsekretariat hinterlegt.

— Der Reichsfinanzminister Dr. Reichelt wird während seines Urlaubs durch Staatssekretär Dr. Bopp vertreten werden.

— Reichswehrminister Dr. Gessler ist im Wandern-Lande bei Kyritz eingetroffen.

— Der Gemeindevorsteherausschuß des Preussischen Landtags ist am Dienstag wieder zusammengetreten.

— Marshall Sun Tschuanfang teilte den Völkerverbund Japans, Englands, Frankreichs und Amerikas in Peking in einer Note mit, daß er die Kantontuppen angreifen werde.

Regierung und Gewerkschaften.

Durch die Industrietagung in Dresden einerseits und den deutschen Nationalen Parteitag in Köln andererseits ist die Frage einer Regierungsumbildung aufs neue in den Vordergrund gerückt worden. In Dresden richtete Dr. Silberberg an die Sozialdemokratie die klare Aufforderung, in die Regierung einzutreten, die dadurch dann zur „Großen Koalition“ erweitert werden würde. Andererseits erklärte in Köln die Deutsche Nationalen Volkspartei ihre Bereitschaft, die Verantwortung für die Regierung mit zu übernehmen. Um die Voraussetzung hierfür zu schaffen, hat sich die Partei auch bereit erklärt, den Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund als eine gegebene Tatsache hinzunehmen, d. h. also, ihre eigenen politischen Ziele künftig im Rahmen der Völkerverbundspolitik verfolgen zu wollen.

Von Regierungseite ist bisher zu beiden Angeboten noch keine Stellung genommen worden. Es lag dazu vielfach auch keine Veranlassung vor, weil die Frage einer Regierungsumbildung doch erst nach dem Wiederauftritt des Reichstags zur Debatte gestellt werden kann; und auch dann besteht zunächst noch die Möglichkeit, mit wechselnden Mehrheiten weiter zu regieren. Die Zeit während der Senfer Verhandlungen erscheint überdies besonders ungeeignet, diese Frage aufzurollen, wenn auch andererseits gerade der Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund die Bildung einer Mehrheitsregierung, die den Zufälligkeiten unabhängig ist, besonders wünschenswert erscheinen läßt.

Es handelt sich zunächst also um mehr akademische Erörterungen, die aber zur Klärung der Lage unvermeidlich sind. Von Bedeutung ist es deshalb, daß auf die Ausführungen Dr. Silberbergs, die an sich ja nur einen privaten Charakter trugen, von Gewerkschaftseite geantwortet worden ist. Ein Vertreter des „Bund der Gewerkschaften“ hatte mit dem Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Leipziger, eine Unterredung, in der sich Leipziger in bemerkenswerter Weise zu der Frage geäußert hat. Auf die Frage, wie das Bekenntnis der Unternehmer zur Republik und die

anerkenntnis der Arbeiterrechte im Staate zu beurteilen seien, antwortete Leipziger:

„Nach meiner Kenntnis der führenden Personen im Reichsverband der deutschen Industrie glaube ich nicht, daß ihr Bekenntnis zur Republik nur ein tatsächlicher Schatz ist. Herr Silberberg hat in seiner Rede mehrfach betont, daß sich bei den Unternehmern eine „Wandlung der Geister“ vollzogen habe, und daß sie die feste Einstellung zum jetzigen Staat „nach schweren inneren Kämpfen“ gewonnen hätten. Ob diese Wandlung schon endgültig abgeschlossen ist, weiß ich freilich nicht. Aber ich glaube doch, daß die Erklärungen, die Herr Silberberg im Auftrage des Gesamtvorstandes der Industriellen in Dresden abgegeben hat, der Ausdruck einer inneren Ueberzeugung sind. Daß diese Ueberzeugung von der Einsicht in die vorhandenen Machtverhältnisse eingegeben ist, scheint mir allerdings nicht zweifelhaft. Der Einfluß der Arbeiterschaft in Staat und Wirtschaft ist zu stark geworden, als daß die Unternehmer ihn noch leugnen oder gar wieder beseitigen könnten. Ebenso ist die deutsche Republik schon so gefestigt, daß man wirklich auch von den Unternehmern ihre Anerkennung endlich erwarten dürfte.“ Allerdings erwartet Leipziger noch weitere verfassungsmäßige Klärungen.

Ueber die Möglichkeit eines Eintritts der Sozialdemokratie in die Regierung erklärte dann Leipziger: „Ich verrate kein Geheimnis mehr, wenn ich auf die Frage offen erkläre, daß die verantwortlichen Führer der Gewerkschaften in ihrer überwogenen Mehrheit für die praktische Mitarbeit in der Regierung sind. Wir haben die Ueberzeugung, daß es möglich ist, die berechtigten Ansprüche der Arbeiterschaft durch Beteiligung an der Regierung und direkte Einflußnahme auf die Regierungsmaßnahmen erfolgreicher wahrzunehmen, als durch Beharrung in der Opposition. Die Entscheidung über diese Frage hat jedoch die Sozialdemokratische Partei zu treffen.“

Es bleibt abzuwarten, wie weit die zunächst rein theoretischen Erklärungen Dr. Silberbergs und Leipzigers zu praktischen Folgerungen führen werden. Leipziger selbst hat ja keinen Zweifel darüber gelassen, daß nicht die Gewerkschaften, sondern die Sozialdemokratische Partei die Entscheidung zu treffen hat. Für diese werden aber stets auch noch andere Rücksichten, insbesondere wirtschaftlicher Art, maßgebend bleiben. Vor allem aber bedeutet eine theoretische Bereitschaftserklärung zur Zusammenarbeit noch lange keine Entscheidung über die mancherlei Fragen der praktischen Politik, die in der nächsten Zeit der Lösung harren.

Intrafflegung des Locarno-Paktes.

Die Urkunden im Völkerverbundsekretariat hinterlegt.

Am Dienstag vormittag um 11 Uhr fand im Völkerverbundsekretariat die feierliche Hinterlegung der Ratifikationsurkunden der Locarno-Verträge durch die ersten Delegierten der am Locarno-Abkommen beteiligten Mächte statt. Deutschland war durch Dr. Stresemann vertreten.

Damit sind die Locarno-Verträge endgültig in Kraft gesetzt worden. Nach den Erklärungen Verbands und Chamberlains auf der Wärtagung des Völkerverbundes sollten sie allerdings schon seit dieser Tagung als rechtsverbindlich gelten, weil es nicht Deutschlands Schuld war, wenn es damals nicht in den Völkerverbund aufgenommen wurde.

Keine Amnestie für Separatisten.

Einzelheiten zum Befriedigungsabkommen.

Zu dem Befriedigungsabkommen mit der Rheinlandkommission werden noch folgende Einzelheiten bekannt:

Was die Separatisten angeht, so bleibt die Verfolgung wegen Hochverrats, Landesverrats und Spionage den deutschen Behörden ausdrücklich vorbehalten. Die deutschen Behörden sind also in ihrem Vorgehen gegen die eigentlichen Separatisten-Untertriebe nicht behindert.

Eine große Anzahl von Fällen dürfte jedoch durch das Londoner Schlußabkommen vom August 1924, das eine vollständige gegenseitige Amnestie im besetzten Gebiet vorsah, erledigt sein. Einmalige Separatisten-Untertriebe sind seitdem nicht mehr erfolgt. Die Befragungsbehörden werden sich jedoch eine gewisse Sicherheit gegen die Verfolgung derjenigen Personen vorbehalten, die als Verräter, Betrüger von Informationen und gesellschaftlich mit den Befragungsbehörden in Verbindung standen. Die Abmachungen über die Behandlung der Delikte werden sich praktisch so auswirken, daß politische Gefangene im Sinne des Hauptkampfes überhaupt nicht in Frage kommen, da diese bereits durch das Londoner Abkommen vom August 1924 befreit worden sind.

40 Jahre Evangelischer Bund.

Die Dresdener Jubiläumsfeier.

Die Dresdener Tagung des Evangelischen Bundes fand am Montag mit der Feier des 40-jährigen Gründungsjubiläums ihren Abschluß. Die Feier fand in der Frauenkirche und im Vereinshaus statt. Oberkonsistorialrat, Geheimrat Dr. Scholz-Berlin hatte sich das Thema „Evangelischer Bund“ gewählt. Er rief die Zeit der Gründung des Evangelischen Bundes noch einmal in das Gedächtnis der Zuhörer zurück. Am Schluß seiner Ausführungen gab der Redner der Hoffnung Ausdruck, daß die deutsche protestantische Jugend die Parole dieser Männer sich zu eigen machen und kraftvoll weiterführen werde. Peter Klamroth-Berlin sprach über das Thema „Die evangelische Frau“. Als Mutter der Jugend und dadurch als wertvollster Teil unseres Volkes trage die Frau tiefe sittliche Verantwortung.

Zuletzt sprach Landtagsabgeordneter Voigt über das Thema „Evangelisches Volk“. Am Schluß seiner Ausführungen gab Voigt seiner Ueberzeugung darüber Ausdruck, daß die neuen Kirchenverfassungen zu einer Vertiefung des kirchlichen Lebens führen würden. Eine Domfahrt nach Meissen bildete den Schluß der diesjährigen Bundestagung.

Völkerrecht und Strafrecht.

Dr. Simons auf dem Deutschen Juristentag.

Auf dem Deutschen Juristentag in Köln behandelte Reichsgerichtspräsident Dr. Simons in einem Vortrage den völkerrechtlichen Inhalt des neuen Strafgesetzbuches und führte u. a. aus: Derallgemeinere Mann den völkerrechtlichen Begriff, so seien zahlreiche Berührungspunkte vorhanden, doch müsse festgestellt werden, daß der fragliche Entwurf es streng vermeide, diese Gebiete zu berühren, bezug zu fassen. So sei vor allem über die Auslieferungsfälle nichts gesagt, was mit dem Strafrecht zusammenhänge. In diesem Falle werde auf das künftige Reichsauslieferungsgesetz verwiesen.

Die Reichsverweisung

Spiele in dem Entwurf eine große Rolle. Jeder Ausländer, der zu mindestens einem Jahre Freiheitsstrafe verurteilt wird, kann aus dem Reich verwiesen werden, auch bei Straftaten, die eine Uebertretung an einem Arbeitshaus zur Folge haben (Hochverrat, Landesverrat, Staatsgefährdende Vergehungen zum Auslande, Angriffe gegen die Wehrmacht); an Stelle einer Uebertretung an ein Arbeitshaus kann eine Reichsverweisung treten. Der Redner behandelte dann die territorialen Straßhandlung, das passive und aktive Personalauslieferung und die allgemeine Strafbarkeit der Tat nach ihrem moralischen Inhalt.

Der Kampf um die Ratsfige.

Knapper Sieg des französischen Standpunktes.

In der juristischen Kommission des Völkerverbundes gab es am Dienstag eine scharfe Auseinandersetzung über den Wahlmodus für die Ratsfige. Nachdem in der allgemeinen Aussprache verschiedene Wünsche bezüglich der Beteiligung geäußert worden waren, wurde zunächst der erste Artikel, der nur die Zahl der Sitze und das System der Wiedewählbarkeit feststellte, widerspruchlos angenommen. Bei Artikel 2, der den eigentlichen Wahlmodus regelt, kam es dann zu einer heftigen Debatte. Der Artikel enthält folgenden Zusatz:

„Die Vollversammlung stellt einzeln jeden Wunsch auf Wiedewahl und auf geheime Abstimmung fest. Die Zahl der Stimmen ist bestimmt durch die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmzettel. Die weißen Stimmzettel sind in dieser Zahl einbezogen.“

Hiergegen wandte sich der französische Delegierte Louchet, der eine Veränderung dahin wünschte, daß die weißen Stimmzettel nicht mitgezählt würden. Der Zweck dabei ist natürlich der, auf die kleinen Staaten einen Druck auszuüben. In der Aussprache sekundierte Lord Cecil Louchet, während sich namentlich der holländische Vertreter Limburg scharf gegen den französischen Standpunkt wandte. Motta brachte hierauf die beiden Vorschläge zur Abstimmung.

19 Stimmen wurden für Louchet abgegeben, 16 dagegen. Der Antrag Louchet ist also angenommen: die weißen Stimmzettel zählen für die Zweidrittelmehrheit nicht. Gegen Louchet stimmten fast alle kleinen Staaten und der deutsche Delegierte, Ministerialdirektor Gaus. Für Louchet stimmten u. a. England und alle Dominions.

Schließlich stellte der norwegische Delegierte Bogt den erwarteten Antrag, die Ratifikationsurkunden wieder aufzunehmen. Er beendete den Antrag in über-